



Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 5. April 1987

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Revision des Asylgesetzes	1'180'082 67,4 %	572'339 32,6 %
Revision des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer	1'122'027 65,7 %	585'460 34,3 %
Volksinitiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)	714'209 40,6 %	1'046'637 59,4 %
Abstimmungsverfahren bei Volksinitiativen mit Gegenentwurf (<i>Doppeltes Ja</i>)	1'080'992 63,3 %	627'665 36,7 %
Stimmbeteiligung		42,4 %

Inhalt	Seite
Einführung	3
1. Die Stimmbeteiligung	4
1.1. Aspekte der Mobilisierung	4
1.2. Profil der Beteiligung	5
2. Revision des Asylrechts	7
2.1. Das Stimmverhalten	8
2.2. Elemente der Meinungsbildung	10
2.3. Die Argumente der Abstimmungskampagne	11
3. Initiative für ein Rüstungsreferendum	13
3.1. Das Stimmverhalten	14
3.2. Die Aspekte der Meinungsbildung	14
3.3. Die Stellungnahme zu den Argumenten	16
4. Doppeltes Ja	18
4.1. Profil der Wahlentscheidung	20
4.2. Elemente der Meinungsbildung	21
4.3. Die Argumente der Wahlkampagne	21
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	24

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate¹

	<i>Asylgesetz (ja in %)</i>	<i>Ausländer- gesetz (ja in %)</i>	<i>Militär- ausgaben (ja in %)</i>	<i>Doppeltes Ja (ja in %)</i>	<i>Stimm- beteiligung (in %)</i>
CH	67.4	65.7	40.6	63.3	42.4
ZH	66.5	65.8	41.4	64.4	48.3
BE	68.4	66.7	38.5	62.7	38.8
LU	63.8	58.8	37.7	51.6	45.7
UR	64.5	62.8	34.0	51.4	45.8
SZ	63.7	57.9	36.8	46.6	36.9
OW	62.3	60.3	33.3	53.1	34.4
NW	71.3	69.1	31.7	58.2	44.4
GL	72.0	69.7	32.4	54.4	34.5
ZG	68.9	66.7	34.4	56.2	46.7
FR	67.1	66.5	43.0	66.6	34.9
SO	69.8	67.8	41.4	62.9	48.8
BS	65.2	65.1	52.2	79.7	45.2
BL	68.9	68.1	46.0	75.4	43.8
SH	63.0	60.8	40.2	63.9	70.2
AR	71.8	70.1	32.4	57.3	41.7
AI	70.5	67.7	26.3	53.0	37.4
SG	70.7	69.5	37.7	62.4	36.5
GR	66.6	65.5	37.3	61.1	34.3
AG	73.2	69.6	34.8	56.9	38.9
TG	72.7	70.2	32.8	52.9	45.5
TI	68.3	66.9	45.6	74.9	68.7
VD	65.5	65.1	39.7	64.6	33.1
VS	67.6	64.4	34.8	47.2	30.6
NE	60.6	60.0	44.5	63.4	37.1
GE	61.8	61.2	50.5	70.2	42.7
JU	58.3	57.3	54.1	67.4	41.6

1) Vgl. BBl 1987, I 829

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 5. April 1987

Am 5. April 1987 hatten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über vier Vorlagen zu entscheiden. Nach einer lebhaften Abstimmungskampagne wurden, mit Ausnahme des Rüstungsreferendums, alle Abstimmungsgegenstände bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung angenommen.

- Die *Revision des Asylrechts, d.h. die Revision des Asylgesetzes* und die *Revision des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer* wurden mit 67,4% und 65,7% der Stimmen klar angenommen. Alle Kantone stimmten dafür.
- Die *Initiative für eine Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben* (Rüstungsreferendum) wurde mit 59,4% der Stimmen, in allen Ständen, ausser Basel Stadt, Genf und Jura, verworfen.
- Das *Abstimmungsverfahren bei Volksinitiativen mit Gegenvorschlag* (Doppeltes Ja) wurde ebenfalls angenommen, mit 63,3% Ja-Stimmen, wobei nur zwei Kantone dagegen waren (Schwyz und Wallis).

Auf den folgenden Seiten sollen nun die grundlegenden Aspekte des Abstimmungsverhaltens im Lichte einer repräsentativen Meinungsumfrage näher dargestellt werden. In einem ersten Teil geht es um die Stimmbeteiligung und deren Mobilisierungsfaktoren: Wer ging an die Urne? Haben die Vorlagen spezifische Bevölkerungsgruppen mobilisiert? Anschliessend werden dann in einem zweiten Teil die einzelnen Vorlagen dargestellt: Wer hat wie entschieden? Welche Konfliktlinien kamen zum Tragen? Wie haben die Stimmbürger die im Abstimmungskampf benutzten Argumente aufgenommen?

Die nachfolgenden Analysen beruhen auf einer repräsentativen Umfrage in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz, die in den drei Wochen nach der Abstimmung durchgeführt wurde. 238 Stimmbürger wurden in der französischen, 713 in der deutschen und 50 in der italienischen Schweiz befragt. Die Feldarbeit übernahm das GfS Forschungsinstitut in Zürich. Für die Konzipierung und Interpretation der Fallstudie zeichnet das Département de science politique der Universität Genf verantwortlich. Dank einer Bundesunterstützung konnte die Stichprobe vergrössert (von ca. 700 auf ca. 1000 Befragte) und auch auf die italienische Schweiz ausgedehnt werden. Eine grössere Stichprobe heisst für die VOX-Analysen, dass die statistischen Resultate genauer werden und z.B. auch kleinere Prozentunterschiede (3 bis 5%) signifikant werden, d.h. dann auch als wirkliche Unterschiede interpretiert werden dürfen. Die Befragten wurden nach dem Quotenverfahren, in, nach dem Zufallsverfahren ausgesuchten Ortschaften, ausgewählt.

1) Die Stimmbeteiligung

Die effektive Stimmbeteiligung lag am 5. April 1987 bei 42%. Im Vergleich mit vorausgegangenen Abstimmungen handelt es sich um eine mittlere Beteiligung, die zwischen der UNO-Abstimmung im März 1986 (51%) und der Abstimmung über den Kulturartikel im September 1986 (35%) liegt; d.h. ungefähr auf dem gleichen Niveau wie die Abstimmung im September 1985 (Neues Eherecht, Innovationsgarantie und einheitlicher Schuljahresbeginn). Eine längerfristige Analyse der Stimmbeteiligung zeigt, dass ein Kern von etwa 30% der Stimmbürger in jedem Fall an die Urne geht; der Inhalt der Abstimmung spielt dabei kaum eine Rolle.¹ Ebenso scheint es einen harten Kern von Bürgern zu geben, der nie an die Urne geht. Demzufolge sind Unterschiede in der Stimmbeteiligung den gelegentlichen Urnengängern zuzuschreiben, die je nach Vorlage stimmen oder nicht stimmen.

1.1. Aspekte der Mobilisierung

Was nun die vorliegende Abstimmung angeht, haben – zusätzlich zu den regelmässig Stimmenden – etwa 12% mehr Schweizer und Schweizerinnen einen Stimmzettel in die Urne gelegt. Vorerst ist noch anzumerken, dass am gleichen Wochenende eine ganze Reihe von wichtigen kantonalen und kommunalen Urnengängen stattgefunden haben, die zweifelsohne zusätzliche Stimmbürger zum Wahlgang veranlasst haben. Weitere Mobilisierungseffekte sind sicher in den Vorlagen, sowie in der Art der Abstimmungskampagne zu suchen. Man kann sich hier fragen, ob vielleicht eine der Vorlagen besonders mobilisierend gewirkt hat.

Wie war das am 5. April? Das Thema Asylpolitik ist ganz klar ein zentrales Anliegen gewesen, das die öffentliche Meinung schon seit einiger Zeit beschäftigt. Wenn gefragt wird, über welche Vorlagen abgestimmt wurde (die Befragung wurde in den Wochen nach der Abstimmung durchgeführt), dann nennen 86% aller Stimmbürger (75% der Nicht-Stimmenden) die Revision des Asylrechts. Dahinter folgt mit etwas Abstand das Rüstungsreferendum; das doppelte Ja ist mit 68% aller Stimmbürger (50% der Nicht-Stimmenden) am wenigsten bekannt. Dass eine Vorlage besonders bekannt ist, heisst noch nicht, dass die Stimmbeteiligung deswegen besser ist; zusätzlich müssen sich die Stimmbürger auch persönlich betroffen fühlen und den Eindruck haben, dass ihre Stimme zählt, um sie eher zu bewegen an die Urne zu gehen. Ein Vergleich mit anderen VOX-Analysen² zeigt, dass diese Betroffenheit bei keiner Vorlage besonders hoch war.

1 Vgl. VOX Nr. 30, Abstimmung des 28. September 1986

2 Vgl. VOX Nr. 30; der höchste Grad der Betroffenheit wurde mit 40% bei der Abstimmung über die Fristenlösung beobachtet

Tabelle 2: Grad der Betroffenheit nach Vorlage:
Selbsteinschätzung: hohe persönliche Betroffenheit

	Alle Stimmbürger	Stimmende	Nicht-Stimmende
Asylrecht	19 %	21 %	15 %
Militärausgaben	17 %	18 %	14 %
Doppeltes Ja	13 %	16 %	8 %

Die Prozentzahlen zeigen den Anteil «hohe Betroffenheit» (Skalenwerte 8, 9, 10) einer 10-stufigen Betroffenheitsskala.

Ein weiterer Faktor, der einen Einfluss auf die Beteiligung haben kann, ist die subjektive Entscheidungsschwierigkeit, sich über die Auswirkungen der Entscheidung ein Bild zu machen.

Tabelle 3: Subjektive Informationsschwierigkeiten:
Selbsteinschätzung: Prozentanteil der Stimmbürger, die angeben, die betreffende Vorlage sei «eher leicht» zu beurteilen gewesen.

	Alle Stimmbürger	Stimmende	Nicht-Stimmende
Asylrecht	59 %	64 %	50 %
Militärausgaben	66 %	74 %	53 %
Doppeltes Ja	52 %	58 %	42 %

Umgekehrt kann auch gefragt werden, ob nicht eine der Vorlagen, Wähler von der Urne abgehalten habe, weil ihr Inhalt und die Einschätzung ihrer Auswirkungen für den Normalbürger nicht sehr zugänglich sind. Obwohl – wie wir im letzten Teil sehen werden – die Abstimmung über das Doppelte Ja manchem Bürger Probleme gestellt hat, war die Vorlage subjektiv kaum wichtig genug, um eine solche demobilisierende Rolle zu spielen.

1.2. Profil der Beteiligung

Die Stimmbeteiligung nach den wichtigsten Merkmalen der Bevölkerung kann weitere Aufschlüsse zur besonderen Mobilisierungsstruktur einer Abstimmung geben (*Tabelle 4*). Wie gewohnt ist die in Meinungsumfragen angegebene Stimmbeteiligung (hier 58%) um einiges höher als die effektive Stimmbeteiligung an der Urne (hier 42%). Dies ist leicht zu verstehen, da politisch Interessierte sich eher bereit finden, auf ein Interview zu antworten, als politisch weniger interessierte Bürger, die auch viel weniger an die Urne gehen. Im Vergleich zu anderen Abstimmungen zeigt die Tabelle gesamtlich das übliche Bild.

Tabelle 4: Die Stimmbeteiligung nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Gruppe	Abweichung zur durchschnittlichen Beteiligung in %-Punkten	
Geschlecht:	Männer		+ 3
	Frauen	- 3	
Alter:	20-29Jährige	- 19	
	30-39Jährige	- 1	
	40-49Jährige		+ 7
	50-59Jährige		+ 4
	60-69Jährige		+ 12
	70 und älter		+ 5
Bildungsgrad:	Primarschule	- 12	
	Sekundarschule u.ä.	- 9	
	Berufsschule u.ä.		+ 2
	Gymnasium u.ä.		+ 2
	Universität		+ 6
Berufl. Stellung:	Selbständige, leit. Angestellte und Beamte	- 3	
	Angest. und Beamte in mittlerer Stellung		+ 3
	Angest. in einf. Stellung		+ 7
	Landwirte		+ 4
	Arbeiter	- 6	
Erwerbsgrad:	Vollzeit	- 2	
	Teilzeit		+ 4
	arbeitet nicht		+ 1
Besitzverhältnisse:	Hauseigentümer		+ 8
	Mieter / Pächter	- 5	
Konfession:	reformiert	- 1	
	katholisch		0
Landesteil:	Deutsche Schweiz		+ 1
	Französische Schweiz	- 10	
	Italienische Schweiz		+ 20
Siedlungsart:	städtisch		+ 1
	ländlich	- 3	
Parteisympathie:	FDP (mit LPS)		+ 12
	SVP		+ 1
	CVP		+ 15
	SPS		+ 11
	LdU/EVP		+ 7
	(POCH, PdA, SAP)		+ 3
	Grüne (Na / Vigil.)	- 3	
	keine	- 10	

Merkmale in Klammern zeigen an, dass die Anzahl der Befragten zu gering ist, um weitergehende Interpretationen zuzulassen.

Diese Tabelle basiert auf allen Befragten, jedoch ohne «keine Angabe» (N = 985).

Stimmbeteiligung der Befragten 38% ; Stimmbeteiligung effektiv 42%

- Eine starke Demobilisierung der jüngeren Generation (Altersgruppe 20–29). Deren Beteiligung ist um 26% geringer, als jene der 40 bis 49-Jährigen und sogar um 31% geringer als die der 60–69-Jährigen. Die Unterschiede sind markanter als üblich, und zeigen einen etwas stärkeren Kontrast als bei vergleichbaren Abstimmungen; besonders die ältere Generation zeigt eine höhere Stimmbeteiligung.
- Politisch aktivere Bürger stimmen auch öfter. 66% der Befragten, die eine Parteipräferenz angeben, haben sich an der vorliegenden Abstimmung beteiligt, und nur 48% ohne Parteipräferenz. Bei den Stimmbürgern, die einer Regierungspartei nahe stehen, kann, mit Ausnahme der SVP, eine leicht erhöhte Beteiligung festgestellt werden. Dies kann sicherlich auf die seit einiger Zeit andauernde Diskussion und auf die lebhaftere Abstimmungskampagne in der Asylfrage zurückgeführt werden.
- Weiter stellt man eine relativ schwache Beteiligung der Bürger mit niedrigerem Bildungsgrad fest. Die Stimmbeteiligung der Männer ist um 6% höher als die der Frauen. Und wie üblich ist die Beteiligung in der deutschen Schweiz höher als in der welschen.

Die vorliegende Stichprobe enthält zum ersten Mal bei einer VOX-Analyse die italienische Schweiz. Am 5. April war jedoch im Tessin Wahltag; aus diesem Grund war die effektive Stimmbeteiligung mit 68,7% ungewöhnlich hoch für eine Abstimmung. Wenn man die Abstimmungen der letzten Jahre zum Vergleich hinzuzieht, kann man eine mittlere Stimmbeteiligung von etwa mehr als 35% feststellen.³

2) Revision des Asylrechts

Die Revision des Asylrechts ist dem Volk in Form von zwei verschiedenen Vorlagen zur Abstimmung vorgelegt worden, nämlich als *die Revision des Asylgesetzes* und *die Revision des Bundesgesetzes über die Niederlassung und den Aufenthalt der Ausländer*. Die beiden Vorlagen erscheinen jedoch in der Präsentation und der Kampagne als ein einziger Abstimmungsgegenstand.⁴ Wenn nach dem Inhalt der beiden Vorlagen gefragt wird, so stellt man fest, dass bei einem Teil der Befragten die Revision des Gesetzes über die Niederlassung und den Aufenthalt der Ausländer weniger bekannt ist; beim Stimmverhalten kann jedoch kaum ein Unterschied festgestellt werden. Nur 9% der Befragten, die das Asylgesetz spontan nennen, kennen das Ausländergesetz nicht, wohl schon deswegen, weil ihm der griffige Asylbegriff im Titel fehlt. Der Anteil der Bürger, die bei diesen beiden Vorlagen verschieden gestimmt haben, kann vernachlässigt werden. Aus diesen Gründen werden in dieser Analyse die beiden Abstimmungsgegenstände nicht getrennt behandelt.

³ Die besondere «Wahlstimmung» im Tessin hatte auch zur Folge, dass 58% der Befragten, ihre Parteisympathie nicht angeben wollten.

Auch im Kanton Zürich war am selben Sonntag Wahltag. Die Stimmbeteiligung war nur leicht erhöht. Sie war nur um 4% höher als der Durchschnitt der Abstimmungen seit 1975 (44%).

⁴ Alle Parteien und anderen Gruppierungen haben für beide Vorlagen gleichlautende Parolen ausgegeben. Die EVP empfahl, gegen das neue Asylgesetz zu stimmen, weil sie die Notstandsklausel für bedenklich fand. Auf der Ebene einer landesweiten Stichprobenbefragung kommen solche Ereignisse jedoch nicht zum Tragen.

2.1. Das Stimmverhalten

Volk und Stände haben die beiden Gesetzesrevisionen mit einer klaren Mehrheit gutgeheissen. Dem Bund ging es bei der Revision darum, die beiden Gesetze so zu ändern, dass damit die zahlreichen Asylgesuche beschleunigter behandelt und ablehnende Entschiede durchgesetzt werden können. Die Revision will eine klarere Linie in die Anwendung der Gesetze bringen und soll die nötigen (rechtlichen) Mittel bereitstellen, um bei einem ausserordentlichen Zustrom die geeigneten Massnahmen zu ergreifen. Gegen diese Neufassung der Gesetze wurde das Referendum ergriffen, weil eine grosse Verschärfung der Asylpolitik befürchtet wurde, eine Asylpolitik, die die Bürger, die das Referendum verlangt haben, schon vor der Abstimmung missbilligten. Die Abstimmung war infolgedessen auch ein Test für die gegenwärtige Politik des Bundes in diesem Bereich.

Wie war das Stimmverhalten in den wichtigsten Bevölkerungsgruppen? (Tabelle 5). Ältere Stimmbürger nehmen die Revision des Asylrechts um einiges stärker an (76% Ja-Stimmen bei den 60–69Jährigen) als die Jüngeren, die jüngste Gruppe der 20–29Jährigen stimmen dagegen (54% Nein-Stimmen). Es besteht eine ganz klare Beziehung zwischen Alter und Grad der Annahme: Je älter ein Stimmbürger, desto stärker die Annahme der Revision. Die jüngste Altersgruppe ist auch diejenige mit der höchsten Stimmenthaltung. Man kann vermuten, dass man in dieser Altersgruppe vor allem partizipiert, wenn man sich von einer Sache betroffen fühlt, und dass hier der Anteil derjenigen, die eher aus Bürgerpflicht an die Urne gehen, besonders gering ist.

Der Grad der Annahme des neuen Asylrechts ist auch ganz klar mit dem Bildungsgrad verbunden. Der Unterschied zwischen Primarschulabgängern und Universitätsabsolventen beträgt 47%; die letzteren verweigern der Revision die Annahme. Allerdings ist zu sagen, dass im heutigen Schulsystem Primarschulabgänger seltener sind, d.h. diese Stimmbürger gehören vor allem der älteren Generation an.

Das Stimmverhalten nach der politischen Orientierung betrachtet, ergibt ein getreues Abbild des Abstimmungskampfes. Stimmende, die der SVP oder den Freisinnigen und Liberalen nahestehen, nehmen die Revision mit beinahe 90% ihrer Stimmen ganz klar an. CVP-Sympathisanten nehmen die Abstimmung etwas weniger deutlich an als solche der anderen bürgerlichen Parteien; dies ist sicher den verschiedenen Tendenzen innerhalb der Partei zuzuschreiben (man kann auch in der Umfrage hier regionale Unterschiede erkennen), die in der Vorabstimmungszeit auch in Erscheinung getreten sind. Die Linke hingegen verwirft die Revision; Stimmende, die der SP nahestehen, legten 59% Nein in die Urnen. Auch hier sind regionale Unterschiede zu bemerken: in der welschen Schweiz wird die Neufassung der Gesetze noch stärker verworfen. Bei den Sympathisanten der Grünen stellt man 63% Nein-Stimmen fest.

Die deutsche Schweiz nimmt die Revision mit 8% mehr Ja an als die welsche Schweiz. Man kann hier sicher nicht von einem Graben zwischen den beiden Landesteilen sprechen, vor allem wenn man in Betracht zieht, dass die Abstimmungskampagne in der französischen Schweiz intensiver war. Jedoch, die Befragung zeigt es, blieb ihre Wirkung auf das städtische Umfeld beschränkt. Die italienische Schweiz hingegen stimmt zu 86% Ja.⁵

5 Das offizielle Ergebnis im Tessin ist 68% Ja, d.h. 18% weniger als in der Umfrage. Wie schon anderweitig gesagt, sind in dieser Stichprobe (50) die Stimmenden überrepräsentiert (drei Viertel der Befragten). Wenn man nun das Ergebnis anteilmässig berechnet, so kommt man dem effektiven Resultat sehr nahe.

Tabelle 5: Revision des Asylgesetzes
Das Stimmverhalten nach ausgewählten Merkmalen^a

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten ^a	
		Ja (%)	Nein (%)
Total	VOX	68 %	32 %
Geschlecht :	Männer	70	30
	Frauen	65	35
Alter :	20-29Jährige	46	54
	30-39Jährige	58	42
	40-49Jährige	75	25
	50-59Jährige	69	31
	60-69Jährige	76	24
	70 und älter	82	18
Bildungsgrad :	Primarschule	88	13
	Sekundarschule u.ä.	63	37
	Berufsschule u.ä.	74	26
	Gymnasium u.ä.	59	41
	Universität u.ä.	41	59
Berufliche Stellung :	Selbständige, leit. Angestellte und Beamte	72	28
	Angest. und Beamte in mittlerer Stellung	60	40
	Angestellte in einfacher Stellung	76	24
	Landwirte	69	31
	Arbeiter	78	22
Erwerbsgrad :	Vollzeit	69	31
	Teilzeit	62	38
	arbeitet nicht	67	33
Besitzverhältnisse :	Hauseigentümer	72	28
	Mieter / Pächter	64	36
Konfession :	reformiert	71	29
	katholisch	69	31
Landesteil :	Deutsche Schweiz	68	32
	Französische Schweiz	60	40
	Italienische Schweiz	86	14
Siedlungsart :	städtische	65	35
	ländlich	72	28
Parteisympathie :	FDP (mit LPS)	88	12
	SVP	90	10
	CVP	70	30
	SPS	41	59
	LdU / EVP	53	47
	(POCH, PdA, SAP)	(9)	(91)
	Grüne	37	63
	(NA / Vigil.)	(100)	(0)
	keine	72	28

Angaben in Klammern zeigen an, dass die Anzahl der Befragten nicht ausreicht und weitergehende Interpretationen nicht zulässt.

a Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Urnengänger (N = 505), ohne Leerstimmen (1,6%) und «Keine Angabe» (9,5%)

Auf den ersten Blick scheint weder die Konfession, noch die Stadt-Land-Dimension eine besondere Rolle gespielt zu haben. Die Protestanten stimmen ähnlich, ob sie in der Stadt wohnen oder auf dem Land. Die Katholiken hingegen, die in der Stadt wohnen, verwerfen die Revision (63% Nein gegenüber 34% Nein der städtischen Protestanten).

2.2. Elemente der Meinungsbildung

Wenden wir uns nun der Wahlentscheidung zu. Um den Einfluss der Wahlkampagne zu ermessen und die Hauptthemen, die die Stimmbürger aufgenommen haben, zu erkennen, ist es aufschlussreich, die Argumente zu untersuchen, die spontan genannt werden, um ein Ja oder ein Nein zu rechtfertigen. Es zeigt sich ganz deutlich, dass die Ja-Stimmenden den allgemeinen Tenor der «offiziellen» Pro-Argumente angenommen haben, d.h., dass es sich bei der Revision eher um eine technische Änderung gehe, eine Verbesserung eines bestehenden Gesetzes, die es erlaube, ein vordringliches Problemfeld besser in den Griff zu bekommen und die gegenwärtige Politik fortzusetzen. Diese Tatsache zeigt sich schon in der von den Befragten spontan gegebenen Beschreibung der Vorlage: Die Befürworter sagen, es gehe darum, ein bestehendes Vorgehen zu verbessern und in der Anwendung zu beschleunigen, dies um so mehr, als die Asylpolitik im Brennpunkt der öffentlichen Meinung steht. Für die Gegner geht es darum, die Anwendung einer wenig menschlichen Vollzugsmaschine zu verhindern.

Die Gesetzesrevision ist für die Befürworter ein geeignetes Mittel; sie meinen zu mehr als 90%, dass sie auch ihr Ziel erreichen wird. Die Gegner, die schon in Bezug auf das Ziel dieser Revision sehr skeptisch sind, teilen diese Meinung überhaupt nicht.

Die Befragten wurden aufgefordert zu erklären, weshalb sie für oder gegen die Vorlage waren. Tabelle 6 zeigt die wichtigsten genannten Motive.

Global gesehen, zeigen die Ja-Motive das Vertrauen, das die Befürworter in die Behörden setzen, das Problem der Flüchtlinge anzugehen und zu lösen. Logischerweise geht es bei der Revision dann darum, den Behörden die Mittel in die Hand zu geben, dieses Problem anzugehen. Aus diesen Gründen kann man bei den Befürwortern auch nicht von einer besonderen Mobilisierung sprechen. Es ist auch noch zu sagen, dass in den spontanen Rechtfertigungen auch kaum Motive vorkommen, bei denen es darum geht, die Eigenheiten der schweizerischen Kultur zu bewahren.⁶

Bei den Gegnern der Revision hingegen kommen, auch ein Abbild des Abstimmungskampfes, vor allem humanitäre Motive zum Tragen. Es zeigt sich ein ganz klares Misstrauen gegenüber den Behörden, was die Anwendung der Gesetze und die Lösung des Flüchtlingsproblems angeht. Das allgemeine Vertrauen in das Handeln der Regierung zieht eine klare Trennlinie zwischen Befürwortern und Gegnern. Mehr als die Hälfte der Gegner haben kein Vertrauen in die Regierung und sagen, sie entscheide immer mehr gegen und immer weniger für das Volk, hingegen nur 20% der Befürworter teilen diese Ansicht.

6 Fremdenfeindliche Motive, Bezüge auf aktuelle Ereignisse oder persönliche Erlebnisse u.ä. kommen kaum vor.

Tabelle 6: Entscheidungsmotive

Diese Übersicht fasst die Entscheidungsmotive der Befragten zusammen. Sie zeigt die Antworten auf eine offene Frage, wo die Gründe einer positiven oder negativen Einstellung zur Asylrechtsrevision genannt werden.

	Nennungen bei Ja- resp. Nein-Stimmenden	Verbreitung unter den Teilnehmenden
<i>Ja-Stimmende</i>		
● Eine Beschränkung ist nötig	22 %	15 %
● Falsche Flüchtlinge nicht aufnehmen	15 %	8 %
● Es braucht ein besseres Gesetz, um das Flüchtlingsproblem zu lösen	24 %	16 %
● Einfache Anpassung eines Gesetzes	10 %	6 %
● Humanitäre Gründe	9 %	5 %
● Um Missbräuche zu verhindern	5 %	3 %
● Kein Entscheidmotiv	6 %	5 %
	100 %	
<i>Nein-Stimmende</i>		
● Humanitäre Motive	32 %	12 %
● Die jetzigen Gesetze genügen um, dieses Problem zu lösen	16 %	6 %
● Läuft gegen unsere humanitäre Tradition	4 %	1 %
● Die gültigen Gesetze sind jetzt schon zu streng usw.	6 %	2 %
● Misstrauen gegenüber den Behörden	12 %	5 %
● Kein Entscheidmotiv	19 %	7 %
	100 %	100 %

Mehrere Nennungen möglich. Die Tabelle basiert auf den Stimmenden.

2.3. Die Argumente der Abstimmungskampagne

Tabelle 7 zeigt eine Reihe von Argumenten, die während der Abstimmungskampagne vorgebracht wurden, und wie sie die Stimmbürger aufgenommen haben. Es zeigen sich ganz klare Trennlinien zwischen den beiden Gruppen. Die Argumente, die für die Revision sprechen, werden von den Befürwortern ganz deutlich als solche erkannt und befürwortet und von den Gegnern zurückgewiesen.

Tabelle 7: Die Hauptargumente der Abstimmungskampagne

Diese Tabelle zeigt, in welchem Masse die Befragten mit den wichtigsten, in der Abstimmungskampagne verwendeten Argumente übereinstimmen. Die Prozentzahl zeigt den Anteil der Befragten, der mit dem genannten Argument «voll einverstanden» oder «eher einverstanden» ist.

	Befragte I	Pro II	Kontra III
Pro-Argumente			
Die neue Form der Gesetze gibt dem Bund die nötigen Mittel, um seine klare Politik im Asylbereich weiterzuführen.	75 %	91 %	37 %
Die vorgeschlagenen Änderungen verhindern Missbräuche, ohne die Grundsätze einer humanen schweiz. Asylpolitik zu verletzen.	65 %	85 %	23 %
Man muss unseren Behörden ein Maximum an Mitteln in die Hand geben, um den ausserordentlichen Zustrom von Flüchtlingen in Griff zu bekommen.	69 %	85 %	36 %
Die beiden revidierten Gesetze bilden zusammen mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Kooperation die Eckpfeiler einer humanitären Asylpolitik.	68 %	86 %	28 %
Kontra-Argumente			
Die Schweiz darf sich den weltweiten Flüchtlingsproblemen nicht entziehen, indem sie die Aufnahme von Flüchtlingen erschwert.	70 %	60 %	90 %
Diese Einschränkungen sind wirklich nicht nötig. Unser Land kann es sich leisten, die Flüchtlinge aufzunehmen.	33 %	15 %	72 %
Die revidierten Gesetze geben unseren Behörden unverhältnismässig starke Mittel, um das Flüchtlingsproblem zu lösen.	61 %	55 %	74 %
Das vorgesehene Verfahren, das über die Aufnahme entscheidet, schränkt die elementaren rechtsstaatlichen Prinzipien zu stark ein.	38 %	21 %	72 %

Die Tabelle bezieht sich auf alle Stimmbürger, jedoch ohne die Befragten, die keine Angabe gemacht haben. Im Schnitt können/wollen ca. 20% keine Angaben machen. Die erste Zahlenkolonne enthält alle Befragten, die zweite nur die Befürworter und die dritte die Gegner.

Das Argument, das besagt, das Ziel der Revision sei es, Missbräuche zu verhindern und gleichzeitig die humanitäre Tradition der Schweiz aufrecht zu erhalten, scheidet Befürworter und Gegner (mehr als 50% Unterschied). Dies ist sicher erklärbar durch das Vertrauen der einen und das Misstrauen der Anderen gegenüber dem Staat, und seiner Fähigkeit, das Problem der Flüchtlinge zu lösen.

Obwohl die Abstimmungskampagne die Revision vor allem als technische Verbesserung präsentieren wollte, war sich ein Grossteil der Befürworter durchaus im Klaren, dass es um

mehr ging als eine rein technische Verbesserung. Das zeigt sich dadurch, dass das von den Gegnern ins Spiel gebrachte Argument, dass das neue Gesetz den Behörden unverhältnismässig starke Mittel in die Hand gebe, nicht nur von den Gegnern der Revision, sondern auch von einem grossen Teil der Befürworter angenommen wird (55%). Diese Tatsache zeigt, dass auch die Befürworter die Revision als eine gewichtige Änderung ansehen; das Problem ist jedoch so dringlich und wichtig geworden, dass es vordringlich ist, den Behörden diese Mittel in die Hand zu geben.

Obwohl die Befürworter von der Notwendigkeit dieser Revision überzeugt sind, weil es zu viele Ausländer in der Schweiz gebe und die Schweiz nicht eine grosse Zahl von Flüchtlingen aufnehmen könne, kann man nicht sagen, dass sie den humanitären Aspekt des Problems nicht sehen, er wird jedoch erst nach den anderen genannt. Was die Gegner angeht, dominieren diese humanitären Aspekte deutlich.

Dies ist klar ersichtlich, wenn 90% der Gegner der Revision dem Argument, die Schweiz dürfe sich dem weltweiten Problem der Flüchtlinge nicht entziehen, zustimmen. Der Graben zwischen den beiden Lagern vertieft sich noch, wenn es darum geht, dass diese Revision gar nicht nötig sei, und dass es sich unser Land leisten könne, die Flüchtlinge aufzunehmen, oder dass die Revision elementare rechtsstaatliche Prinzipien in Frage stelle.

Man kann zum Schluss sagen, dass sich die Gegner und Befürworter nur darüber einig sind, dass es sich bei der Lösung des Problems der Flüchtlinge um ein humanitäres Problem handle. Was jedoch die Lösung dieses Problems angeht, gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Bei den Befürwortern geht es bei der Revision einfach darum, die bestehenden Gesetze anzupassen und zu verbessern. Bei den Gegnern geht es darum, eine restriktive, unmenschliche Asylpolitik zu verhindern. Dieser Gegensatz ist ein klares Abbild der Kampagne. Der Ausgang der Abstimmung im Lichte dieser Meinungsumfrage kann also als eine klare Zustimmung zur gegenwärtigen Asylpolitik gewertet werden. Auf der anderen Seite gibt es in der Schweiz eine relativ grosse, engagierte und sensibilisierte Minderheit, die überhaupt nicht mit der offiziellen Haltung zu dieser Frage und den benutzten Mitteln einverstanden sind.

3) Initiative für ein Rüstungsreferendum

Die von der SP lancierte Volksinitiative für eine *Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)* fand keine Mehrheit vor dem Volk und den Ständen. Die Initiative, die die Einführung eines fakultativen Referendums für Rüstungskredite verlangte, erhielt 41% der Ja-Stimmen; ein recht gutes Resultat für eine Volksinitiative. Es ist nicht überraschend, dass sich die Ansichten von Befürwortern und Gegnern bei einer Vorlage im Militärbereich klar scheiden.

3.1. Das Stimmverhalten

Wie haben die verschiedenen Bevölkerungsgruppen über das Rüstungsreferendum entschieden? (*Tabelle 8*). Wie schon bei der Abstimmung über das neue Asylgesetz, zeigt sich auch hier ein Graben zwischen den Generationen. 63% der 20–29-Jährigen nehmen die Initiative an, die 40–49-Jährigen jedoch nur zu 34% und die 60–69-Jährigen nur zu 28%. Wenn man die hohe Enthaltungsquote der jüngsten Gruppe in Betracht zieht, kann man über die Folgen einer – hypothetischen – massiven Beteiligung nur spekulieren.

Der Bildungsgrad spielt keine besondere Rolle in der Wahlentscheidung. Eine detailliertere Analyse zeigt, dass nur die Uniabsolventen die Initiative mit 55% ihrer Stimmen annehmen, mit einem Unterschied von 18% gegenüber der am wenigsten annehmenden Merkmalsgruppe (den Berufsschulabgängern).

Die Ablehnung der Initiative ist in der deutschen Schweiz 10% stärker als in der französischen Schweiz. Dieser Unterschied ist noch markanter gegenüber der italienischen Schweiz, die die Initiative mit 53% annimmt.⁷ Stimmbürger, die auf dem Land wohnen, sind mit 61% Nein etwas stärker dagegen, als die in der Stadt Wohnenden (55% Nein). Wie erwartet, scheidet sich die Einstellung gegenüber der Initiative an der politischen Orientierung der Befragten. Die von der Linken vorgebrachte Initiative wird hier auch ganz klar angenommen, während die den bürgerlichen Parteien nahestehenden Stimmenden die Initiative ganz klar zurückweisen. FDP/LPS-Sympathisanten sagen mit mehr als 87% Nein, bei der SVP zu 90% Nein; bei der CVP ist die Ablehnung mit 75% deutlich, aber weniger stark ausgeprägt als bei den vorgenannten Parteien. Die Linke nimmt global gesehen die Initiative an, mit 66% Ja-Stimmen im Falle der SP. Dies kann auch bei den Grünen nahestehenden Bürgern festgestellt werden.

3.2. Aspekte der Meinungsbildung

Die Einstellung zu einer Vorlage wird leichter verständlich, wenn die Motive eines Ja oder Nein, sowie die Aufnahme der in der Wahlkampagne vorgebrachten Argumente bei den Stimmbürgern einer genaueren Analyse unterzogen werden.

Wie wird die Einstellung zur Entscheidung für oder gegen die Initiative gerechtfertigt? (*Tabelle 9*). Bei den spontan angegebenen Gründen für ein Ja zur Vorlage steht die Idee, dass dadurch das Militär eher zum Sparen angehalten würde, ganz im Vordergrund. Auch die erweiterte Mitsprache des Volkes wird sehr oft genannt. Eine bessere Kontrolle über den Militärbereich wird gelegentlich genannt, meistens als zusätzliche Erklärung, weshalb eine verbesserte Mitsprache erforderlich sei. Motive, die eine negative Grundhaltung gegenüber der Armee zum Ausdruck bringen, sind eher selten.

Bei den Gegnern hingegen stehen die Zweifel im Vordergrund, dass das Volk überhaupt fähig sei, Entscheidungen im Militärbereich mitzutragen, sowie das Vertrauen gegenüber dem Parlament und unseren Institutionen im allgemeinen, insbesondere der Armee. 11% der Gegner des Rüstungsreferendums meinen, dass man dagegen sein muss, weil dieser Vorschlag direkt gegen die Armee als solche gerichtet sei.

7 Vgl. die Fussnote bei der Asylrechtsrevision (Übervertretung der Stimmenden in der Stichprobe).

Tabelle 8 : Das Stimmverhalten beim Rüstungsreferendum nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten	
		Ja (%)	Nein (%)
Total	VOX	42 %	63 %
Geschlecht :	Männer	37	63
	Frauen	47	53
Alter :	20-29Jährige	63	37
	30-39Jährige	57	43
	40-49Jährige	34	66
	50-59Jährige	32	68
	60-69Jährige	28	72
	70 und älter	32	68
Bildungsgrad :	Primarschule	46	54
	Sekundarschule u.ä.	45	55
	Berufsschule u.ä.	37	63
	Gymnasium u.ä.	45	55
	Universität u.ä.	55	45
Berufliche Stellung :	Selbständige, leit. Angestellte und Beamte	24	76
	Angest. und Beamte in mittlerer Stellung	42	58
	Angestellte in einfacher Stellung	50	50
	Landwirte	(27)	(73)
	Arbeiter	51	49
	Erwerbsgrad :	Vollzeit	41
	Teilzeit	45	55
	arbeitet nicht	42	58
Besitzverhältnisse :	Hauseigentümer	35	65
	Mieter / Pächter	47	53
Konfession :	reformiert	38	62
	katholisch	38	62
Landesteil :	Deutsche Schweiz	39	61
	Französische Schweiz	49	51
	Italienische Schweiz	56	44
Siedlungsart :	städtische	44	56
	ländlich	38	62
Parteisympathie :	FDP (mit LPS)	16	84
	SVP	10	90
	CVP	25	75
	SPS	66	34
	LdU / EVP	47	53
	(POCH, PdA, SAP)	(91)	(9)
	Grüne	66	34
	(NA / Vigil.)	(20)	(80)
keine	45	55	

Prozente in Klammern zeigen eine ungenügende Anzahl von Befragten an.

Tabelle 9: Entscheidungsmotive beim Rüstungsreferendum

Diese Tabelle fasst die wichtigsten, spontan genannten (offene Frage) Entscheidungsmotive zusammen.

	Nennungen bei Ja- resp. Nein-Stimmenden	Verbreitung unter den Teilnehmenden
Motive der Befürworter		
● Auch das Militär soll sparen	42 %	18 %
● Mehr Mitsprache	30 %	13 %
● Bessere Kontrolle des Militärbereiches	6 %	3 %
● Negative Einstellung zur Armee	5 %	3 %
● Andere Motive	8 %	3 %
	100 %	
Motive der Gegner		
● Das Volk ist nicht fähig dazu	35 %	19 %
● Vertrauen gegenüber den Behörden, dem Militär	15 %	9 %
● Gegen Armeegegner	11 %	5 %
● Art der Entscheidung nicht geeignet	9 %	5 %
● Andere Gründe	20 %	12 %
	100 %	100 %

Diese Tabelle basiert auf den Stimmenden. Mehrere Antworten waren möglich.

3.3. Die Stellungnahme zu den Argumenten

Wie wurden nun die in der Abstimmungskampagne vorgebrachten Argumente von den Stimmbürgern aufgenommen? Die Befragten gaben beim Interview an, inwieweit sie mit dem jeweiligen Argument einverstanden waren. Die Antworten sind in *Tabelle 10* zusammengefasst.

Dass es die Rolle des Parlamentes sei, Entscheidungen über Militärausgaben vorzunehmen, wird von 95% der Gegner bejaht. Auch den Befürwortern ist es nicht ganz klar, warum nur die Militärausgaben einem Referendum unterworfen sein sollten; auch sie finden das nicht sehr logisch.

Die übrigen Argumente, die gegen die Initiative vorgebracht wurden, zeigen die klaren Trennlinien. Wenn gesagt wird, die Initiative schwäche unsere Landesverteidigung, indem sie ihre Grundlage in Frage stelle, sind die Befürworter überhaupt nicht einverstanden, für die Gegner hingegen erscheint dies als wichtiges Argument.

Grössere Unterschiede können auch bei den Argumenten, die für die Initiative sprechen, festgestellt werden; ausser bei der Meinung, dass das Volk Nein sagen können muss – das Argument, wo der Unterschied zwischen Befürwortern und Gegnern am schwächsten ist

– trennen die Argumente ganz klar die beiden Lager. Der Kontrast zwischen beiden Gruppen ist am grössten, wenn es um die Fähigkeit des Volkes geht, über Militärausgaben zu entscheiden. Beinahe alle Befragten, die dieses Argument bejahen, haben Nein gestimmt.

Tabelle 10: Die Hauptargumente der Abstimmungskampagne

Diese Tabelle zeigt, in welchem Masse die Befragten mit den wichtigsten in der Kampagne verwendeten Argumenten übereinstimmen. Die Prozentzahl zeigt den Anteil der Befragten, der mit dem genannten Argument «voll einverstanden» oder «eher einverstanden» ist.

	Befragte I	Pro II	Kontra III
Pro-Argumente			
Die vom Parlament ausgeübte Kontrolle hat nicht ausgereicht, um eine Mirage-Affaire, einen Panzer-86-Skandal oder ein Rothenthurm-Debakel zu verhindern. Diese Kontrolle muss das Volk übernehmen.	55 %	89 %	24 %
Das Volk ist durchaus fähig, über Vorlagen über Rüstung und Waffenplätze zu entscheiden. Solche Vorlagen sind nicht komplizierter als Entscheide über Milchkontingentierung oder Konjunkturartikel.	56 %	88 %	27 %
Das Volk muss Nein sagen können, wenn das Parlament zugunsten des Militärs und gegen die Sozialeinrichtungen entscheidet.	63 %	89 %	39 %
Mit einem Rüstungsreferendum würde endlich auch im Militärbereich mehr gespart.	60 %	86 %	35 %
Kontra-Argumente			
Es ist die Aufgabe des Parlaments, die Rüstungsausgaben zu kontrollieren und zu genehmigen.	67 %	35 %	95 %
Ein Rüstungsreferendum würde unsere Verteidigungsbereitschaft schwächen.	45 %	13 %	74 %
Die Initianten des Rüstungsreferendums wollen die Grundlagen unserer Landesverteidigung in Frage stellen.	40 %	17 %	61 %
Es ist nicht sehr sinnvoll, nur die Militärausgaben einem fakultativen Referendum zu unterstellen.	63 %	42 %	80 %

Die Tabelle bezieht sich auf alle Stimmbürger, jedoch ohne die Befragten, die keine Angabe gemacht haben. Im Schnitt können/wollen ca. 20% keine Angaben machen. Die erste Zahlenkolonne enthält alle Befragten, die zweite nur die Befürworter und die dritte die Gegner.

Der Zweifel am Parlament als kompetenter Kontrollinstanz, wird von den Gegnern als eine Infragestellung unserer Institutionen angesehen. Es zeigt sich klar, dass das Vertrauen in diese Institutionen, insbesondere in die Armee, so stark verankert ist, dass die Gegner den

Argumenten der Befürworter kaum zugänglich sind. Einzig der Gedanke, dass eine zusätzliche Kontrolle durch das Volk das Militär mehr zum Sparen anhalten könne, findet eine gewisse Zustimmung bei den Gegnern der Initiative (35% der Befragten, die mit diesem Argument einverstanden sind, haben sich gegen die Initiative ausgesprochen).

Eine verfeinerte Analyse zeigt im allgemeinen nur sehr geringe Unterschiede zwischen Stimmenden und Nichtstimmenden, d.h. das Abstimmungsresultat kann, trotz der geringen Stimmbeteiligung, als Abbild des Meinungsspektrums in der Schweiz gelten, das auch durch eine erhöhte Stimmbeteiligung nur unwesentlich geändert würde. Auch diese Analyse zeigt eine ziemlich homogene Struktur in allen Bevölkerungsgruppen. Die einzigen Gruppen, die sich sehr oft klar von den übrigen Gruppen abheben, sind die jüngere Generation (vor allem die 20–29-Jährigen), sowie die Universitäts-Absolventen. Im Bezug auf diese Abstimmung sind auch diese Gruppen besonders sensibilisiert, wenn es um die Ausdehnung der Mitsprache des Volkes an den Entscheidungen angeht. Diese Stimmungslage deckt sich mit derjenigen der Schweizer, die den Grünen nahestehen; dies gilt in einem geringeren Masse auch für einen Teil der PS-Sympathisanten.

Mit Ausnahme der Parteipräferenzen und der Landesregion, wird bei den Gegenargumenten kaum differenziert: die Welschschweizer glauben weniger als die Deutschschweizer, dass die Initiative die Landesverteidigung in Frage stelle. Was die Bürger angeht, die dem Freisinn oder der SVP nahestehen, so kann man feststellen, dass sie sehr stark auf die Gegenargumente ansprechen.

4) *Abstimmungsverfahren bei Volksinitiativen mit Gegenentwurf (Doppeltes Ja)*

Die vierte Vorlage, *das Abstimmungsverfahren bei Volksinitiativen mit Gegenentwurf (Doppeltes Ja)* sieht eine Stichfrage vor, die bei einem gleichzeitigen Ja zur Initiative und zum Gegenentwurf (was beim bisherigen Verfahren nicht erlaubt ist), Klarheit über den Abstimmungsausgang schafft. Volk und Stände haben diese Vorlage klar angenommen. Sie stand während der Abstimmungskampagne im Schatten der beiden anderen Vorlagen. Die eher technisch-abstrakte Art der Vorlage, sowie die Weise, wie die Wahlkampagne und die Diskussion durchgeführt wurden – auf der einen Seite verkürzende Schlagwörter und auf der anderen beinahe akademisch anmutende «Abhandlungen» der politischen Elite – haben bei den Stimmbürgern keine klaren Spuren hinterlassen. Dies zeigt sich in der Meinungsumfrage zuerst am oft sehr hohen Anteil der «Weiss nicht / keine Angaben»-Antworten auf Fragen, die diese Vorlage betreffen. Zusätzlich ist der Anteil der Stimmbürger, die angeben, sie hätten *leer* gestimmt, relativ hoch. Diese Tatsache ist jedoch im Widerspruch mit den effektiven Abstimmungsresultaten, kann aber als ein Zeichen der grossen Unsicherheit der Stimmbürger gegenüber diesem Referendum gedeutet werden. Die Umfrage hat in den Wochen nach der Abstimmung stattgefunden, d.h. hier geht es darum, dass sich die Befragten an den Wahltag erinnern. Und dies scheint bei dieser Vorlage sehr viel schwieriger zu sein als bei den anderen. Die grossen Schwierigkeiten zeigen sich

Tabelle 11: Doppeltes Ja
Das Abstimmungsverhalten nach verschiedenen Merkmalen^a

<i>Merkmal</i>	Gruppe	Ja (%)	Nein (%)	leer
Total	VOX	70 %	19 % ^b	11 %
Geschlecht :	Männer	70	20	10
	Frauen	72	17	11
Alter :	20-39Jährige	77	9	14
	40-64Jährige	71	21	7
	65 und älter	60	29	11
Bildungsgrad :	Primarschule	42	30	27
	Sekundarschule u.ä.	63	27	10
	Berufsschule u.ä.	71	19	10
	Gymnasium u.ä.	81	10	10
	Universität u.ä.	81	16	4
Berufliche Stellung :	Selbständige, leit. Angestellte und Beamte	69	22	9
	Angest. und Beamte in mittlerer Stellung	82	10	8
	Angestellte in einfacher Stellung (Landwirte)	80	11	9
	Arbeiter	67	33	0
	Arbeiter	59	20	21
Erwerbsgrad :	Vollzeit	72	16	11
	Teilzeit	75	17	8
	arbeitet nicht	66	24	10
Besitzverhältnisse :	Hauseigentümer	71	24	5
	Mieter / Pächter	70	16	14
Konfession :	reformiert	69	20	11
	katholisch	70	20	10
Landesteil :	Deutsche Schweiz	70	21	9
	Französische Schweiz	71	13	16
	Italienische Schweiz	79	8	13
Siedlungsart :	städtische	70	17	13
	ländlich	72	22	7
Parteisympathie :	FDP (mit LPS)	64	30	5
	SVP	58	26	16
	CVP	66	26	8
	SPS	83	9	8
	LdU / EVP	76	18	6
	(POCH, PdA, SAP)	73	9	18
	Grüne	79	12	9
	(NA / Vigil.)	67	0	33
	keine	70	18	12

Zahlen in Klammern lassen eine weitergehende Interpretation nicht zu, da die Zahl der Befragten ungenügend ist.

a Die Prozente beziehen sich auf die Stimmenden (N = 506)

b Das effektive Resultat an der Urne betrug 63,3% Ja, 41,8% Nein; 4% waren leer.

noch verstärkt, wenn man die Einstellung der Nicht-Stimmenden zu dieser Vorlage ansieht (*Was hätten Sie gestimmt?*). 32% sagen, sie hätten Ja gestimmt, nur 5% Nein, 13% leer und die übrigen wissen es nicht. Bei den anderen Vorlagen decken sich die Einstellungen der Stimmenden und Nicht-Stimmenden im grossen und ganzen, wenn man von einer leicht erhöhten Tendenz absieht, keine Angaben zu machen.

4.1. Profil der Wahlentscheidung

Wie haben die verschiedenen Merkmalsgruppen entschieden? *Tabelle 11* zeigt die Wahlentscheidung in wichtigen Bevölkerungsgruppen. Aus den vorgenannten Gründen zeigt sie auch die *Leerstimmen*, weil deren Anteil bei dieser Vorlage in manchen Bevölkerungsgruppen besonders hoch ist. Dies wird hier als Zeichen der Unsicherheit und des Desinteresses an dieser Vorlage gedeutet.

Bei einer genaueren Analyse dieser Darstellung kann man folgende Merkmale herausstellen:

- Die jüngste **Altersgruppe** der 20–39-Jährigen nimmt die Vorlage mit 17% mehr Ja-Stimmen an als die über 65-Jährigen (60% Ja).
- Ein höherer Bildungsgrad ist ganz eindeutig mit einer höheren Annahme der Vorlage verbunden; der Grad der Annahme verdoppelt sich praktisch vom niedrigeren Bildungsniveau zum höheren. Die 58% Nein-Stimmen der Bürger, die nur ein Primarschulniveau haben, ist jedoch mit etwas Vorsicht zu interpretieren, da die Anzahl der Befragten hier relativ klein ist.
- Alle Befragten, die einer **Partei** nahestehen, nehmen die Vorlage an. Sympathisanten der SP stehen der Vorlage weitaus am positivsten gegenüber: 83% Ja, bei nur 9% Nein und 8% Leerstimmen. Auf der anderen Seite sind die Stimmenden, die dem Freisinn näher stehen, eher geteilt. Ihr Ja-Anteil ist 6% unter dem Mittelwert und 11% darüber bei den Nein-Stimmen, bei einem relativ geringen Leerstimmenanteil. Bei der SVP, mit sehr viel mehr Leerstimmen, ist die relativ schwache Annahme weniger ausgeprägt.
- Die Vorlage wurde in der deutschen und der welschen Schweiz gleich stark angenommen, im Tessin ist der Ja-Stimmen-Anteil grösser. Jedoch ist der Anteil der Neinstimmen in der deutschen Schweiz wegen dem geringeren Anteil an Leerstimmen um einiges grösser als in der französischen und der italienischen Schweiz. Eine ähnliche Verteilung stellt man auch bei städtischen und ländlichen Stimmbürgern fest; hier liegt der Unterschied bei einem höheren Leerstimmenanteil in der Stadt.

Mit einigen wenigen Ausnahmen zeigt die Tabelle eine relativ gleichmässige Verteilung der Ja-Stimmen in den verschiedenen Merkmalsgruppen. Wenn man aber nun die Nein- und Leerstimmen anschaut, so zeigt es sich, dass hier erhebliche Unterschiede bestehen. Dies ist besonders klar beim Grad der Bildung und der beruflichen Stellung (Arbeiter). Je höher der Bildungsgrad, desto höher ist die Annahme der Vorlage, aber auch umso geringer der Anteil der Leerstimmen.

Die klare Annahme der Bürger, die der SP nahestehen, ist zweifelsohne an die Erfahrungen der Vergangenheit geknüpft. Die Linke, als häufiger Initiant, ist durch die Problematik des Doppelten Ja besonders betroffen. Im Bezug auf die Freisinnigen zeigt das Resultat deutlich die innerparteilichen Diskussionen über diese Vorlage. Der Anteil der Leerstimmen ist relativ gering, deswegen kann man auch hier von einer klaren Stellungnahme sprechen.

4.2. Elemente der Meinungsbildung

Der Kontrast zwischen der Homogenität der Annahme und dem Zwiespalt zwischen Nein und Leer ist natürlich ein Abbild der Meinungen und Argumente in Bezug auf das Doppelte Ja. Nur etwa 17% der Befragten sind fähig, spontan zu sagen, worum es bei dieser Vorlage gegangen sei. Wenn nun gefragt wird, warum der Befragte für die Vorlage ist, so zeigt sich als wichtigster Grund, das neue Verfahren sei gerechter. Dann weiter wird gesagt, das neue Verfahren sei im Grunde klarer und einfacher und man solle den Initiativen auch ihre Chance geben.

Tabelle 12: Entscheidungsmotive beim Doppelten Ja

Diese Tabelle fasst die Motive zusammen, die genannt werden, um die Stellungnahme zu rechtfertigen.

Warum ist man dafür?		Warum dagegen?	
gerechteres Verfahren	43 %	zu kompliziert	59 %
klarer, einfacher	29 %	altes Verfahren hat sich bewährt	18 %
Initiativen eine Chance geben	24 %	gegen Initiativenflut	7 %
andere Gründe	11 %	andere Gründe	17 %
N =	436	N =	103

Diese Tabelle basiert auf den Stimmbürgern, die ihre Stellungnahme gerechtfertigt haben. Mehrfachnennungen waren möglich.

Bei den Gegnern des Doppelten Ja dominiert das Argument, das neue Verfahren sei zu kompliziert. Hierzu muss gesagt werden, dass bei den Gegnern relativ wenige überhaupt ein Motiv nennen.

4.3. Argumente der Wahlkampagne

Wendet man sich den Hauptargumenten der Abstimmungskampagne zu und analysiert das Meinungsbild, so zeigt sich, dass eine Mehrheit der Stimmbürger⁸ das neue Verfahren für

⁸ Hier wird nicht zwischen Stimmenden und Nicht-Stimmenden unterschieden, weil es darum geht, ein globales Meinungsbild zu erhalten. Was die Übereinstimmung mit den Argumenten angeht, sind die Unterschiede zwischen Stimmenden und Nicht-Stimmenden relativ gering, ausser dass der «Keine-Angabe»-Anteil höher ist. Wie wir schon gesehen haben, ist der Anteil der angegebenen Leerstimmen ziemlich hoch; bei den Nicht-Stimmenden ist konsequenterweise der Anteil derjenigen, die nicht wissen, wie sie gestimmt hätten, noch grösser.

einfacher und klarer ansieht? Bei den Befürwortern findet dieses Argument mit 85% eine maximale Zustimmung; das Gegenargument, das neue Verfahren sei zu kompliziert, wird nur von 18% der Stimmbürger bejaht. Auch hier bei den Argumenten zeigt es sich, dass der Anteil derjenigen, die ihre Zustimmung oder Ablehnung nicht ausdrücken können, oft sehr hoch ist und gelegentlich den Anteil der Zustimmenden übersteigt, insbesondere wenn es darum geht, die Auswirkungen des neuen Verfahrens (Rückzug oder Nicht-Rückzug der Initiativen; Anheizung einer Initiativenflut) oder die Erfahrung in den Kantonen einzuschätzen.

Das Hauptargument, das gegen das neue Verfahren ins Feld geführt wurde, es sei zu kompliziert, überfordere die Stimmberechtigten und sei deshalb in der Praxis nicht anwendbar, findet bei den Gegnern das grösste Echo (59% sind damit einverstanden), bei den Befürwortern sind nur 11% damit einverstanden.

Bei den Gegnern ist die Zustimmung zu «ihren» Argumenten um einiges schwächer als bei den Befürwortern. Nur gut die Hälfte findet, das bisherige Verfahren habe sich bewährt. Auch die Erfahrung auf Kantonsebene findet bei beinahe drei Vierteln der Befürworter die Zustimmung und nur bei 11% der Gegner; bei diesem Argument ist der Kontrast zwischen Befürwortern und Gegnern am grössten, jedoch macht mehr als die Hälfte der Gegner dazu keine Angabe.

Tabelle 13: Doppeltes Ja. Die wichtigsten Argumente

Diese Tabelle zeigt, inwieweit die Befragten mit den im Abstimmungskampf verwendeten Argumenten übereinstimmen.

Die Prozentzahlen geben an, wieviele Befragte jeweils «voll einverstanden» oder «eher einverstanden» sind. Die zweite, kursiv gedruckte Zahl, zeigt den Anteil der Befragten, der keine Angaben geben kann / will.

	Total (1)	Befürworter (2)	Gegner (3)
Das neue Verfahren ist einfacher, weil ein Ja als Ja zählt, ein Nein als ein Nein und eine Leerstimme als leer.	55 % 34 %	85 % 9 %	25 % 28 %
Das neue Abstimmungsverfahren hat sich schon in mehreren Kantonen bewährt und kann auch auf Bundesebene eingeführt werden.	45 % 47 %	72 % 23 %	11 % 51 %
Das neue Verfahren wird die Initianten viel weniger zum Rückzug der Initiative veranlassen als bisher.	35 % 48 %	54 % 48 %	30 % 47 %
Das bisherige Verfahren hat sich schon seit langem bewährt.	21 % 38 %	19 % 15 %	56 % 30 %
Das neue Verfahren ist zu kompliziert und überfordert die Stimmberechtigten.	18 % 32 %	11 % 8 %	59 % 20 %
Das neue Verfahren erleichtert Verfassungsänderungen und wird eine Initiativenflut anheizen.	24 % 42 %	31 % 17 %	39 % 37 %

Die Grundlage dieser Tabelle sind alle Befragten (N = 1001). Die erste Kolonne zeigt alle Stimmbürger zusammen, die zweite die Befürworter und die dritte die Gegner des Doppelten Ja. Das Total enthält auch die Stimmbürger, die nicht wissen, ob sie das Doppelte Ja annehmen oder verwerfen sollen.

Eine detailliertere Analyse der verschiedenen Merkmalsgruppen bestätigt klar die Existenz der drei Gruppen von Stimmbürgern:

- Eine Mehrheit von Befürwortern. Die Zustimmung zum Doppelten Ja erscheint als «logischer»⁹, «verständlicher» und «gerechter». Diese Einstellung ist auch kaum differenziert in den verschiedenen Merkmalsgruppen bezüglich der Zustimmung oder Ablehnung der «offiziellen» Argumente.
- Eine relativ kleine Minderheit, die das Doppelte Ja verwirft. In den verschiedenen Merkmalsgruppen ist die Zustimmung zu den Kontra-Argumenten und die Ablehnung der Pro-Argumente nicht sehr differenziert.
- Eine grosse Gruppe von Unsicheren, die hier wohl mit weniger informierten und motivierten Bürgern zusammenfallen. Hier ist der Anteil der «Weiss-Nicht»-Antworten bei den Argumenten besonders hoch. Dies zeigt sich besonders auffallend bei weiblichen Stimmbürgern und bei niedrigerem Bildungsgrad.

In Bezug auf die politische Orientierung zeigt sich hier, im Gegensatz zu den anderen Vorlagen, ebenfalls eine grössere Unsicherheit. Normalerweise ist «eine Parteisymphathie haben» Synonym zu besser informiert sein und eine konkrete Meinung haben, d.h. sich verstärkt an politischen Dingen zu interessieren und auch in Argumentenfragen eine Position zu beziehen. Dies ist hier beim Doppelten Ja nicht der Fall; der Anteil der «Keine Angabe» bleibt hoch, ausser bei den Sympathisanten der SP. Bezeichnenderweise ist hier auch die Kenntnis der Parteiparolen der jeweiligen Partei weitaus tiefer als normalerweise.

9 Ausdrücke wie «logisch», «normal» usw. kommen in den offenen Fragen relativ oft vor.

Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Am 5. April haben die Schweizer Stimmbürger und Stimmbürgerinnen, bei einer mittleren Stimmbeteiligung von 42%, die *Revision des Asylrechts* und das *Doppelte Ja* angenommen, sowie die Initiative zur Einführung eines *Rüstungsreferendums* verworfen. Die Stimmbeteiligung und die Mobilisierungsfaktoren zeigen das übliche Bild einer Abstimmung mit eher leicht zugänglichem Inhalt. Im Mittelpunkt des Interesses stand das Asylrecht, gefolgt vom Rüstungsreferendum; das Doppelte Ja hingegen stand im Schatten der beiden anderen Vorlagen.

Die *Revision des Asylrechts* hatte eine starke Polarisierung der öffentlichen Meinung zur Folge, die zwei grundverschiedenen Auffassungen entsprechen. Für die eine Seite ist die Neufassung eine einfache Anpassung bestehender Gesetze, um ein dringliches Problem besser angehen zu können; für die andere Seite ist die Revision eine ernsthafte Einschränkung einer humanitären Politik und eine unannehmbare Verhärtung der Asylpolitik. Die Polarisierung zwischen den Altersgruppen ist besonders ausgeprägt: 54% der jüngsten Gruppe (20–29) verwirft die Revision, während 80% der über 60-Jährigen sie annehmen. Zusammen mit den Jungen verweigern auch die gesamte Linke, die Grünen und die Uni-Absolventen der Revision ihre Zustimmung. In allen anderen Merkmalsgruppen findet man eine zusammenhängende Zustimmung zur gegenwärtigen Asylpolitik. Besonders ausgeprägt ist sie bei den Sympathisanten der bürgerlichen Parteien (88% bei der FDP / LPS, 90% bei der SVP und 70% bei der CVP). Die gleiche klare Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern findet sich auch in der Akzeptanz, der während der Abstimmungskampagne verwendeten Argumente: auf der einen Seite das Vertrauen in den Staat, dass er die verlangten Mittel auch vernünftig anwenden werde und auf der anderen Seite ein tiefes Misstrauen, dass sich die Schweiz, unter dem Deckmantel der Verbesserung einer Prozedur, einem weltweiten Problem zu entziehen versuche.

Die mit 58% Nein-Stimmen abgewiesene Initiative zur Einführung eines *Rüstungsreferendums* weist ein ganz ähnliches Polarisierungsmuster auf wie die Neufassung des Asylrechts. Wieder ist es das Alter der Stimmdenden und ihre politische Einstellung, die einen gewichtigen Unterschied ausmachen. Die Generation der 20–29-Jährigen nimmt die Initiative mit 63% Ja-Stimmen an; die über 60-Jährigen werfen sie zu 70%. Die Linke nimmt sie an, ebenso die Grünen und die Uni-Absolventen. Die Stimmbürger, die der FDP / LPS oder der SVP nahestehen, werfen die Initiative zu über 80% Nein, die CVP zu 75%. Ein Ja zur Initiative wird vor allem mit dem Spareffekt, der auch im Militärbereich wünschenswert sei, gerechtfertigt und an zweiter Stelle mit der Ausdehnung der Mitsprache des Volkes. Die Gegner argumentieren, das Volk sei gar nicht fähig dazu, und überdies gehöre diese Kompetenz dem Parlament. Der Grad der Zustimmung zu den Hauptargumenten der Wahlkampagne zeigen deutlich zwei gegensätzliche Einstellungen zur Armee. Der relative Erfolg der Initiative bedeutet allerdings nicht, alle Befürworter seien Armeegegner, die meisten wünschen nur eine verbesserte Transparenz der Entscheidungen in Militärsachen.

Die Einführung des Doppelten Ja, mit 63% angenommen, wird von keiner einzigen Merkmalsgruppe verweigert. Die Analyse der Resultate zeigt einen sehr hohen Anteil von Stim-

menden, die keine Angabe machen können, oder angeben, sie hätten leer gestimmt. Dies zeigt ganz klar die Unsicherheit gegenüber dieser Vorlage. In der Stellungnahme unterscheiden sich deutlich drei Gruppen: Eine Mehrheit von Befürwortern, die das neue Wahlverfahren gerechter und einfacher findet; dann eine Minderheit von Gegnern, die das neue Verfahren zu kompliziert findet und schliesslich eine relativ grosse Minderheit (die in mehreren Merkmalsgruppen zahlreicher ist als die Gegner), die sich kaum durch das Doppelte Ja betroffen fühlt und seine Auswirkungen kaum versteht, so dass sie in den Wochen (Zeitpunkt der Befragung) nach der Wahl nicht mehr wissen, wie sie wirklich gestimmt haben (sie geben leer an). Wenn man jedoch ihre Einstellung zu verschiedenen Aspekten des Doppelten Ja, sowie das effektive Abstimmungsresultat betrachtet, so kann man wohl annehmen, dass sie gegen das Doppelte Ja gestimmt haben.

Département de science politique – Université de Genève

Le Département offre un **programme de licence** ès sciences politiques (3 ans) fondé sur deux piliers :

1. **La science politique** et ses différentes branches constitue le pilier principal: analyse des systèmes politiques (systèmes de gouvernement, partis, groupes d'intérêts, processus de décision); fonctionnement des organisations et plus particulièrement des administrations publiques; analyse et évaluation des politiques publiques; analyse des attitudes et des comportements politiques (psychologie politique, rôle des élites, comportement électoral); relations internationales. Ces enseignements portent sur les trois années de licence.
2. **Les disciplines complémentaires**: économie politique (2 ans); droit public (2 ans); méthodes et techniques d'analyse: méthodes de la science politique, statistique et mathématique, utilisation de l'ordinateur, rédaction de questionnaires, analyses des données et de sondages d'opinion, modélisation et simulation sur ordinateur (3 ans); un ensemble **d'autres cours complémentaires** empruntés à d'autres disciplines des Sciences économiques et sociales (par ex. : histoire, sociologie, psychologie sociale).

Après la licence, les étudiants ont la possibilité de se perfectionner dans le cadre du programme du **Diplôme** d'études supérieures en science politique (1 à 3 ans) et de préparer une thèse de **doctorat**.

Le Département poursuit ses recherches dans les domaines suivants:

- politique suisse: élections et votations; syndicats, mouvements écologiques
- les intégrations régionales: partis et groupes en Europe du sud
- les organisations internationales et le nouvel ordre économique international
- la science administrative: la haute administration suisse (fédérale et cantonale), la mise en oeuvre des politiques publiques, les structures administratives cantonales
- l'analyse du langage et de la connaissance politiques: imaginaire et idéologies politiques; épistémologie
- la formation des identités nationales et régionales
- la paix et les conflits
- problèmes méthodologiques en sciences sociales: construction des référentiels temporels; modélisation politico-économique
- les mass medias et la politique

Principales publications des membres du Département:

- ALLAN, P. : «Determinants of Swiss Military Expenditure», in Istvan Dobozi, Clare Keller and Harriet Matejka (eds.). *Small Countries and International Structural Adjustment*, Geneva, IUHEI, 1982.
- *Crisis Bargaining and the Arms Race: A theoretical Model*, Cambridge, Mass., Ballinger, 1983.
- ALLAN, P., CLARKE, M., LUTERBACHER, U. : «International Public Policy Analysis: Energy Crises and the Small State», in Michael Don Ward (ed.). *Theories, Models, and Simulations in International Relations*, Boulder and London, Westview Press, 1985.
- GERMANN, R., ROIG, CH., URIO, P., WEMEGAH, M. : *Fédéralisme en action: l'aménagement du territoire*, St-Saphorin, Ed. Georgi, 1979.
- HORBER, E. : *EDA: Exploratory Data Analysis*, 2 tomes: User's Guide et Applications Manual, Genève et Grenoble 1985. *Exploring Aggregate Data*, EDP, juin 1987.
- KERR, H. : *Parlement et société en Suisse*, St-Saphorin, Ed. Georgi, 1981.
- LUTERBACHER, U., CLARKE, M. : «Simulationen der Auswirkungen von internationalen politisch-ökonomischen Einflüssen auf die Schweiz, in P. Staehli, *Wirtschaftliche Landesvorsorge im Rahmen der Sicherheitspolitik*, Bern, Haupt, 1983.
- «Quel futur énergétique pour la Suisse: analyse de quelques scénarios», *Analyses & Prévisions*, Lausanne et Genève, CREA/CRERI, 1983.
- MELICH, A. : *Comment devient-on Suisse? Enfance et apprentissage politique*, Lausanne, Institut de science politique, 1979.
- MIRONESCO, C., BOYSAN, T., PAPADOPOULOS, I. : avec une introduction de D. Sidjanski, *Débat sur l'énergie Suisse. Les processus législatifs fédéraux de 1973 à 1983*, Lausanne, Presses Polytechniques Romandes (1986 à paraître).
- OSSEIPOW, W. : *La transformation du discours politique dans l'Eglise*, Lausanne, l'Age d'Homme, 1979.
- REY, J.N. : *Trop d'Etat?*, Lausanne, Réalités sociales, 1983.
- ROIG, CH. : *La Grammaire politique de Lénine: formes et effets d'un discours politique*, Lausanne, l'Age d'Homme, 1980.
- *Symboles et société*, Berne, Lang, 1977.
- ROIG, CH., SCHMIDT, H., AYBERK, U., REY, J.N. : *Le syndicalisme de demain*, à paraître en 1986 aux Ed. LEP, Lausanne.
- SIDJANSKI, D., ROIG, CH., KERR, H., INGLEHART, R., NICOLA, J. : *Les suisses et la politique*, Berne, Lang, 1975.
- SIDJANSKI, D. : *Europe élections: de la démocratie européenne*, Paris, Stanké, 1979.
- SIDJANSKI, D., et JACOBSON, H. : *The Emerging International Economic Order*, London, Sage, 1982.
- URIO, P. : *Le rôle politique de l'administration publique*, Lausanne, coll. LEP, 1984.
- URIO, P., MARKOV, N. : «Les administrations cantonales», in *Manuel système politique de la Suisse*, Vol. III, Berne, Lang, 1986.
- URIO, P., ARIGONI, G., BAUMANN, E., JOYE, D. : *Sociologie politique de la haute administration de la Suisse*, à paraître en 1986 aux Ed. Economica, Paris.

Collection «Etudes et recherches»

- No 1 A. Korff, J.D. Delley, W. Ossipow, *La Révision totale de la Constitution fédérale*, Etude descriptive, 1973
- No 2 C. Roig, *Analyse de système et connaissance sociale*, 1973
- No 3 H. Bergonier, *Méthodes d'analyse de données pour la détection et la description de structures*, 1973
- No 4 D. Handley, *Regional variations and supportive attitudes toward European integration*, 1974
- No 5 D. Sidjanski, *Groupes d'intérêt en Suisse*, 1974
- No 6 D. Sidjanski, H. Kerr, J. Nicola, *Présentation des résultats sur le comportement politique en Suisse* (tableaux croisés), 1974
- No 7 D. Sidjanski, *Auditions publiques dans la Communauté européenne, Parlements nationaux et Parlement européen*, 1976
- No 8 H.K. Jacobson, D. Sidjanski, *The role of executive heads in regional economic integration*, 1978
- No 9 P. Urio, G. Arigoni, I. Muller, *Pour une étude de la haute administration publique*, 1978
- No 10 D. Handley, *L'écologie et les attitudes politiques des Français*, 1979
- No 11 R. German, A. Frutiger, *Les Commissions extraparlimentaires créées de 1970 à 1977*, 1979
- No 12 A. Melich, *Des pré-adolescents romands et leur conception du politique*, 1979
- No 13 U. Ayberk, J.N. Rey, *L'internationale de l'alimentation: une stratégie, une démarche syndicale originale*, 1980
- No 14 W. Ossipow, J. Papadopoulos, *Deux études sur la démocratie directe en Suisse*, 1981
- No 15 J. Papadopoulos, *Popper, philosophie politique et sociologie de la science*, 1984
- No 16 C. Roig, H. Schmid, U. Ayberk, J.N. Rey, C. Garcia, E. Wisler, *Enquête sur les mutations syndicales en Suisse*, Présentation des résultats (70 tableaux croisés), 1984
- No 17 J. Condomines, J.-D. Barroso, *La dimension gauche-droite et la compétition entre les partis politiques en Europe du Sud*, 1984
- No 18 C. Mironesco, *Pour une approche comparée du phénomène technocratique*, 1985
- No 19 M. Finger, *La politisation des sciences sociales, Contribution au débat sur la politique des sciences*, 1986
- No 20 N. Markov, *Action collective et mobilisation. De l'analyse historique aux modèles sociologiques; le chemin de Charles Tilly*, 1986

GfS-Forschungsinstitut
in Zusammenarbeit mit rund 20 Hochschulinstituten:



**DATENBANK FÜR INFORMATIONSARBEIT
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
WIRTSCHAFT
SOZIALPOLITIK**

Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen, Einstellungen und Verhalten
in den Bereichen Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

VOX, entstanden aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft, wird thematisch ergänzt und ausgebaut in **UNIVOX**: einer **Datenbank für wirtschafts-, staats- und sozialpolitische Themen**.

Mehr als 20 Hochschuldozenten und ihre Assistenten (in St. Gallen, Zürich, Basel, Bern, Fribourg, Lausanne und Genf) kooperieren mit der GfS und kommentieren die von ihnen betreuten Stichworte (vgl. UNIVOX-Thematik auf den vorangehenden Seiten).

Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien u.a.m. haben **UNIVOX** bereits abonniert.

UNIVOX ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, PR-Stellen, Redaktionen, Verwaltungen und Personalabteilungen.

In den vergangenen Wochen sind bereits erste Kommentare und Tabellen erschienen. Weitere Resultate werden in nächster Zeit zur Verfügung stehen.

Wir informieren Sie gerne über verschiedene Anwendungsmöglichkeiten von **UNIVOX** in Ihrer Organisation.

UNIVOX kann abonniert werden beim GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546, 8027 Zürich

UNIVOX-THEMATIK

Zu den folgenden Themen wurden 1986 Repräsentativ-Befragungen mit persönlichen standardisierten Interviews durchgeführt. Einzelne Themen sind bereits kommentiert, andere stehen in Bearbeitung.

Es stehen zu einzelnen Fragen weitere Daten zur Verfügung, die als Back-Data für **UNIVOX**-Abonnenten zu Spezialkonditionen erhältlich sind.

I A Gesellschaft

Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern / Arbeitnehmern, Leuten mit Volksschulbildung / Akademikern, Leuten mit Kindern / Leuten ohne Kinder, Jungen / Alten, Männern / Frauen, Erwerbstätigen / Rentnern - Formen des Zusammenlebens, allein, Wohngemeinschaft, Altersheim, Familie - Ehe und Heirat - Ausländer - Kontaktarmut, soziale Isolation

I B Wohnen

Wohnungsgrösse – Mietzins – Standort – Stadt / Land – Hausbesitz – Wohnungsmarkt – Mieterschutz

I C Gesundheit

Gesundheitszustand – Förderung der Gesundheit – gesundheitliche Probleme – Einschränkungen durch Krankheit – Belastungen / Veränderungen im Leben – berufliche Belastung – Lebensgewohnheiten, Ernährung, Bewegung, Erholung etc.

I D Ausbildung

Bildung / Ausbildung – Berufswünsche – Ausmass der Ausbildung auf allen Stufen – Umschulung – Kosten des Bildungswesens

I E Kultur

Situation in der Schweiz – Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, Fussballmatch, Chilbi, Alpaufzug, Opernabend etc. – Kulturträger – Kulturpolitik – Identifikation – allgemeines kulturelles Interesse – Kulturförderung

I F Freizeit

Freizeitgestaltung – Schaffung von Grün- und Freiflächen – Spielflächen für Kinder – Sportanlagen für jedermann – Parks – Schaffung von Wohnstrassen – Geld / Freizeit – Freizeittätigkeiten

I G Verkehr (noch nicht definitiv)

Strasse – Schiene – Luftverkehr – Mobilität – Verkehrsmittel (Kosten / Nutzen)

I H Kommunikation

Bekanntheit neuer Medien – Vorstellung / Nutzung neuer Medien – Angebot und Inhalt von Fernseh-, Radioprogramm und Zeitung – Medienpolitik – Nutzungsdaten zu Fernsehen, Radio DRS, Lokalradio, Tageszeitung, Zeitschriften, Bücher, SRG

I I Umwelt

Waldsterben – Lösbarkeit von Umweltproblemen – technischer Fortschritt – gesellschaftliche Grundhaltungen – Notwendigkeit der Einschränkung des Lebensstandards – Risiken der Kernenergie – Umweltbelastung als Preis für Wohlstand – Einflüsse in der Umweltpolitik – Kosten des Umweltschutzes

II A Staat

Zufriedenheit mit schweiz. Politik – dringlichste Probleme zuhanden des Bundesrates – Fähigkeit des Staates politische Probleme zu lösen – Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit – Verwaltungen / Ämter, PTT, Steuerverwaltung, Verkehrsbetriebe, Armee, Polizei, Gemeindeverwaltung etc. – Kollegialregierung – Milizparlament – Volksinitiative – Referendum – Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden

II B Demokratie

Politisches Interesse – Beurteilung der Parteien in der Wirtschafts-, Energie-, Sozial-, Verkehrs-, Umwelt-, Ausländer- und Finanzpolitik – Diskussionshäufigkeit über Politik – Teilnahmeverhalten an Abstimmungen – Parteisymphathien – Vertrauen in die Regierung – Reformen – Einflussmöglichkeiten des einzelnen Bürgers – Entscheidungsgrundlagen vor Wahlen

II C Recht

Rechtskenntnisse, Rückzugsrecht bei Verträgen – Vertragsarten – Verbindlichkeit von Verträgen – wichtigste Aufgabe des Rechts – Rechtsstaatlichkeit – Vertrauenswürdigkeit von Juristen – Strafrecht – Totalrevision der Bundesverfassung – Konfliktsituationen – Gesetzesvorschriften – Volksrecht

II D Staatsfinanzen

Steuerlast – Verteilung der Finanzen – Höhe der Staatsausgaben – Defizite bei Bund, Kanton und Gemeinden – Steuerzahlen – Steuermoral

II E Sozialversicherung

Gesundheitskassen (HMOs) – Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung, Franchise, Bonus-Malus-System – Umfang / Kosten der Sozialversicherung – finanzielles Gleichgewicht der AHV – Sanierungsvorschläge für die AHV – Rentenalter – 3-Säulen-Prinzip – Volkspension – Kosten des Gesundheitswesens

III A Landwirtschaft

Agrarerzeugnisse, Qualität, Preis, Biologischer Anbau – Erhaltung der Landwirtschaft – Funktion

/ Rolle – Gewinner / Verlierer – verschiedene Produktionsformen, Gross-, Kleinbetriebe, Berg- Talbetriebe

III B Wirtschaft

Wirtschaftliche Entwicklung, Schweizerfirmen im Ausland – Firmenbesitz Ausland / Schweiz – Abhängigkeit vom Gang der Wirtschaft – Engagement von Firmen für die Allgemeinheit – Leistungsfähigkeit / Konkurrenzfähigkeit – Beurteilung von Prosperität / Löhnen / längerfristigen Chancen der einzelnen Branchen, Land- und Forstwirtschaft, Metallindustrie, Textilindustrie, Handel, Bildungswesen, Versicherungen, Maschinen- und Apparateindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Chemische Industrie, Verkehr- und Nachrichtenübermittlungsindustrie, Verwaltung, Banken, Gesundheitswesen, Hotellerie und Gastgewerbe, Uhrenindustrie, Baugewerbe, Holzindustrie, Papierindustrie

III C Arbeit

Leistungsbereitschaft – Wichtigkeit der Arbeit – Arbeitsinhalt – Arbeitsumgebung – Arbeitsstundenzahl pro Woche – Sicherheit des Arbeitsplatzes – Selbstverwirklichung – Lohn – interessante Arbeit – Führungsaufgaben – Verantwortung – Kreativität – Beziehung Mitarbeiter / Vorgesetzter – Computer am Arbeitsplatz

III D Markt

Bekanntheit – Aufzählung von Märkten – schweiz. Wirtschaftssystem – sozialistisches Wirtschaftssystem – Eingriffe in Marktwirtschaft – Marktwirtschaft / Planwirtschaft – Kartelle / Monopole – Stellung des Konsumenten – Konsumverhalten

III E Geld (noch nicht definitiv)

Geldformen – Golddeckung – Preisstabilität – Währung – Sparen – Ersparnisse – Sparziele

III F Sicherung

Gefahren im Verkehr, Unfälle, Krankheit, Krieg, Umweltverschmutzung als Quellen der Bedrohung / Beunruhigung – persönliche Versicherungen – Versicherungsgrad – Nützlichkeit weiterer Versicherungen – Assoziationen zu «Versicherung» – Arbeit, Familie, Religion, Sozialversicherung, Vermögen als Quellen / Garanten der Sicherheit – Rolle des Staates – Versicherungsbetrug

IV A Freiheit (noch nicht definitiv)

Persönliche Freiheit – Unabhängigkeit – materielle und nichtmaterielle Bedingungen für Freiheit

IV B Verteidigung

Kräfteverhältnis in Europa – weltpolitische Lage – Kriegsgefahr in Europa – potentielle Angreifer – Eintrittswahrscheinlichkeit von Terroranschlägen, Natur- und technischen Katastrophen, Krieg, Rohstoff- und Energieverknappung, und wirtschaftliche Erpressung – Verteidigungswürdigkeit der Schweiz – Kampfwille – Rüstungsreferendum – Verteidigungsausgaben – Verteidigungsfähigkeit

IV C Versorgung (noch nicht definitiv)

Notvorrat – wirtschaftliche Abhängigkeit von der Energieversorgung

IV D Welt

Zufriedenheit mit der Aussenpolitik der Regierung – Entwicklungshilfe – Zollpolitik – Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen – Zusammenarbeit mit anderen Ländern – Abhängigkeit vom Ausland hinsichtlich Waldsterben, Inflation, Drogenproblem, Konjunktur der Wirtschaft etc. – Rolle der Schweiz in der Welt

X Allgemein

Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche

Analysen eidgenössischer Urnengänge *Analyses des votations fédérales*

An die
Abonnenten der VOX-Analysen

VOX nun zweisprachig

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der vorliegenden Nummer erhalten Sie den ersten Bericht aus dem 11. Untersuchungsjahr der VOX-Analysen. Dieser Übergang war für uns auch Anlass, einige Änderungen vorzunehmen :

- Mit dem laufenden Jahrgang erscheinen die Berichte erstmals vollständig in deutsch und französisch und in identischen, jedoch eigenständigen Publikationen. Damit wollen wir der kulturellen Vielfalt der Schweiz vermehrt Rechnung tragen.
- Ferner erhalten Sie als Abonnenten mit dem jüngsten Bericht einen neuen praktischen Sammelordner. Darin finden Sie ein Einlageblatt, das unter den Stichworten «Zielsetzungen», «Vorgehen» und «Veröffentlichung» einen kurzen Überblick über die VOX-Analysen gibt.

Mit einem Rundschreiben haben wir uns beim letzten Versand erkundigt, welche Ausgabe(n) Sie in welcher Zahl wünschen. Sollten beim Versand Fehler entstanden sein oder sich Ihre Präferenzen ändern, bitten wir Sie, sich direkt ans GfS-Forschungsinstitut zu wenden.

Wir danken für das VOX bisher entgegengebrachte Interesse und grüssen Sie freundlich

Dr. W. Ebersold und Mitarbeiter/innen

Beachten Sie auch die Informationen über das neue Projekt UNIVOX auf den Innenseiten.